

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibenschleifereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Asphaltstreuer, Isolierer, Klebenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnspaltige Mittelzeile 1,25 M. Bei größeren Abchlüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreispaltige Mittelzeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 „.

Fünfter Deutscher Bauhüttenstag.

Im großen, festlich geschmückten Saale des Hotels Wagner in München traten am 16. Mai die Abgeordneten und Freunde der deutschen Bauhüttenbewegung zahlreich zusammen zur Beratung über den Stand dieser Bewegung und um Mittel zu finden, die Bewegung und deren organisches Aufbaue vollkommener und wirksamer zu gestalten. Auch eine stattliche Anzahl Gäste war erschienen. Eine umfangreiche Tagesordnung lag der Beratung zugrunde.

Um 10^{1/2} vormittags eröffnete Kollege Pappe als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Verbandes sozialer Bauhütten die Tagung und heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Die Männer vom Bau sollen beraten und beschließen über die Zukunftsmöglichkeiten der sozialen Bauhüttenbewegung. Sie soll nicht anknüpfen an die alte Zeit der Gilde, wir wollen das Baurecht reformieren, wir wollen ein Gebilde freier Menschen schaffen. Unsere Bauhüttenbewegung soll gemeinnützig wirken, nicht nur billige Wohnungen schaffen, wir wollen auch, daß diese Wohnungen dem Volke gehören. Die feste Grundlage unserer Bauhüttenbewegung wurde im Jahre, 1920 geschaffen. Gedacht sei des Genossen Wagner, der der hervorragende Wohnreformer dieser Idee war; er warf diese Idee in die Massen, der Verbandstag der deutschen Bauarbeiter griff diese Idee auf. Überall, wo Hand- und Kopfarbeiter dafür zu wirken gewillt waren, entstanden Bauhütten. Leider ist Dr. Wagner nicht mehr allzu in unserer Bewegung tätig; aber er wird als Leiter der „Devoq“ mit uns geistig verbunden bleiben und auch ferner für unsere Bewegung wirken. — Neue Wege sollen wir suchen, wir werden sie finden; am Schlusse dieser Tagung wird sich herausstellen, daß wir einmütig sind im Willen zur Tat. Unsere Gegner und Kritiker werden dann feststellen müssen, daß wir eine gewollte Marschkolonne aufgestellt haben und das Banner der Sozialisierung auch weiterhin voranzutragen werden. Leider stehen noch viele Arbeiter unserer Bewegung läßt gegenüber; sie können sich von ihrer Kleinbürgertümlichen Auffassung noch nicht befreien. Aber auch sie werden sich noch der besseren Erkenntnis beugen. Gemeinsam werden Stoff- und Handarbeiter das gestellte Ziel verwirklichen. (Beifall.) Redner begrüßt besonders die Gäste dieser Tagung, vor allem Vertreter des Reiches, der Staaten und der Städte, der Wohnungsfürsorgegesellschaften, verschiedener Banken, der Reichsbauhilfsbank, der Großkaufmanns-Gesellschaft, des Bundes deutscher Wohnreformer, des DGB, der KfA, der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und anderer Körperschaften. Auch einige ausländische Vertreter von Gewerkschaften und Bauhütten sind anwesend.

Genosse Dr. Wagner: Die Gegner unserer Bewegung vermehren visseicht in dieser Tagung eine Herbsttagung, in der Mütter fallen. Sie spekulieren falsch. Mein Ausschneiden aus der Bauhüttenbewegung bedeutet nicht, daß aus einem Saufis ein Paulus geworden sei, nur, in der Schweizerorganisation „Devoq“ werde ich nach wie vor wirken für die gute Idee der sozialen Bauhüttenbewegung. Woran frant Deutschland? Es produziert zu teuer. Draußen, jenseits des großen Wassers, ist Deutschland ein großer Konkurrent entstanden, der uns einige Jahregehnte in der Wirtschaft voraus ist. Diese Differenz muß Deutschland einholen unter der Devisen: Großer Unsch, kleiner Nutzen. Dies ist auch der führende Gedanke in der Bauhüttenbewegung. Das Bauen soll rationalisiert und der Verkauf der Produktion beiseite gelassen werden. Unsere Forderungen sind bescheiden. Aber wir werden fortstreiten; auf unserer Seite stehen Fortschritt und soziales Gemeinwohl. Der Fortschrittsgeist, der unsere Bewegung beherzigt, wird nach Westen und uns zum Ziele führen! (Beifall.)

Nach weiterer: feisällig aufgenommenen Begrüßungen leitete einer Anzahl Gäste und nach Verführung von Vorträgen

aus den Arbeitsgebieten unserer Bauhütten wird in die Tagesordnung eingetreten. Zum Punkt

Die Bauhütten im Wirtschaftskampf

ist Berichterstatter Hermann Lüdemann, Geschäftsführer des Bauhüttenbetriebsverbandes Berlin-Brandenburg. Seit 5 Jahren sind in etwa 160 Städten soziale Baubetriebe entstanden, um den Gedanken der Bauhüttenbewegung zur praktischen Geltung zu bringen. Das organisierte Baugewerbe führt dagegen einen rückwärtsigen Wirtschaftskampf. Was ist die moderne Bauhüttenbewegung? Sie ist eine Produktionsorganisation auf sozialer Grundlage. Wir wollen nicht nur wirtschaften und arbeiten, wir wollen ein anderes Wirtschaftssystem durchführen, das von einer großen Fortschrittsidee geleitet wird. Wie steht es in der Privatwirtschaft? Eine Gewerbetreibend gibt es praktisch nicht mehr. Was nicht privatkapitalistischen Vorteilen dient, wird nicht ausgeführt. Nur der Privatprofit ist für die Produktion entscheidend, Arbeits- und Lebensfreude kümmern dabei. Im Gegensatz dazu vertreten wir die Gemeinwirtschaft, deren Vorteile wir im sozialen Wettbewerb beweisen wollen. Wir sind nicht Fanatiker eines Systems, wir halten die freie Sozialisierung, die Arbeit für das Gemeinwohl, für das richtige, wir schalten den Privatprofit aus. Wir erstreben dabei die wirtschaftliche Betriebsfähigkeit — die gerade im Baugewerbe im argen liegt —, die wir in die Praxis umsetzen wollen. Ueber dem Streben nach Wirtschaftlichkeit, nach einer verbesserten Organisation der Arbeit steht aber der Mensch, der nicht zum Sklaven dieser Wirtschaftlichkeit werden darf. Vorhandenes sollen wir umbauen, die Möglichkeit besserer Arbeit praktisch erweisen. Das private Kapitalistensystem wollen wir durch einen — sozusagen — sozialen Kollektivkapitalismus ersetzen, dem die Tendenz der Gewinnjagd nicht anhaftet. Damit wirken wir für die Wohlfahrt der Gesamtheit. Dabei sollen sich die Betriebsräte voll auswirken; in Verbindung mit dem Betriebsvorstand und den Gewerkschaftsvertretern regeln sie die Betriebsangelegenheiten. Dadurch wird die Belegschaft mit dem Betrieb auch innerlich verbunden. Die in Privatbetrieben vielfach vermehrte Arbeitsfreude wird dadurch erweckt und gepflegt. Daraus ergibt sich die schärfste Mitarbeiter aller im Betriebe Beschäftigten, eine Gemeinamkeit, die Voraussetzung für die Durchführung einer wirtschaftlichen Betriebsführung ist. Daraus ergeben sich große soziale und wirtschaftliche Vorteile; sie gewährleisten billigeres und besseres Arbeiten. Dies wirkt gemeinnützig; es nützt den Betriebsrat, seine Arbeit ebenfalls zu verbilligen. Der Redner schildert aus der Praxis eine Reihe von Preisreduzierungen, die die Preisreduzierer der Unternehmer vornehmen mußten. Dort, wo Bauhütten bestehen, sind die Privatunternehmer durch ihre Organisationen darauf aufmerksam gemacht worden, vorpflichtiger zu kalkulieren. Aus Anerkennungschriften, die Redner zur Verfügung bringt, ergibt sich gleichfalls das preisreduzierende Wirken der sozialen Baubetriebe. Selbst ausgesprochene Gegner der Bewegung haben dies anerkannt. Sie erkennen an, daß in unsern Bauhütten eine weit größere Arbeitsfreudigkeit, ein hervorragender Gemeinfinn herrscht. Trotzdem aber kündigt man der sozialen Bauhüttenbewegung schärfsten Kampf an, man will sie unter allen Umständen vernichten. Das ist der merkwürdige Schluß, den unsere Gegner aus unserm gemeinnützigem Wirken ziehen. Doch so leicht lassen wir uns nicht kaputt machen. Die Bauhütten stehen fest. Ihre wohlthätige Wirkung wird erkannt. Sie sind gut fundiert; außerdem haben sie sich schon eine stattliche Anzahl Bauhüttenbetriebe geschaffen. Ihre Gemeinnützigkeit ergibt sich daraus, daß sich ihre Tätigkeit zu 80% auf den gemeinnützigen Wohnungsbau erstreckt. Redner schildert an drastischen Beispielen, in welcher Weise Innungen und andere Unternehmerorganisationen der preisreduzierenden Tätigkeit unserer Hütten auf den Weg zu rücken versuchen. Die Behörden stehen dem

passiv gegenüber, vielfach nehmen sie die Partei; solcher Gemeinshädlinge. Dies ergibt sich aus ihrer persönlich-privatkapitalistischen Einstellung, die vielfach dazu führt, das ihnen anvertraute Gut, die Verteilung der Gemeininteressen, beiseite zu stellen. Sie geben nicht den billiger veranschlagenden Bauhütten die Arbeit, sondern den oft bedeutend höher veranschlagenden Privatbetrieben. So wird das Geld der Steuerzahler gewissenlos verpulvert. Eine solche Korruption und Unwesenwirtschaft muß scharf bekämpft und der besteltesten Öffentlichkeit mitgeteilt werden. — Im Deutschen Reich herrscht große Wohnungsnot. Die Wohnungsfrage ist eine Frage der Wohnungsreue. Je billiger sich die letztere gestaltet, um so schneller kann die Wohnungsnot behoben werden. Deutschland braucht erhöhte Produktion. Geben wir den Arbeitern in jeder Weise ein Mitwirkungsrecht in der Produktion, geben wir ihre Arbeitsfreude, dann wird Deutschland wieder gesunden. In diesem Sinne wirken unsere Bauhütten. Unterhäger wir diese Bewegung in jeder Weise, damit wirken wir für das Gemeinwohl. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wird die Sitzung auf nachmittag vertagt. In der Nachmittagsitzung spricht Walter Kistner über

Geldmarkt und Baugewerbe.

Redner behauptet, daß der für diesen Punkt vorgesehene Referent, Geheimrat Dr. Pache, m, durch Erkrankung verhindert ist, diesen Vortrag zu halten. Dieser sei so wider, daß er von der Tagesordnung nicht abgesetzt werden konnte. Das Baugewerbe hänge von der Lage des Geldmarktes ab. Der Staat habe in den Wohnungsbau eingegriffen, sei aber leider auf halbem Wege stehen geblieben; die gesellschaftlichen Maßnahmen hätten mehr zentralistisch durchgeführt werden müssen. Das Reich habe aber die Initiative der Länder und diese sie den Kommunen übertragen. Man habe auch nicht Wohnungen für die, die sie am dringendsten bedürften, sondern für die, die auch Eigenkapital für den Bau aufbrachten. Die Kosten für eine 70-qm-Wohnung wuchse in den einzelnen Städten von 7000 bis 13.000 M. Sehr unterschiedlich sind die Prozenzätze, die die einzelnen Länder und Städte von der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Man müsse fordern, daß diese Steuern möglichst reitlos für den Wohnungsbau verwendet werden. Außerdem müsse man verlangen, daß auch jene sich eine Wohnung bauen können, die kein Eigenkapital haben. Das erfordert eine Erhöhung der Hauszinssteuerhypotheken, und für die nächsten Jahre müsse man auch auf eine Verzinsung verzichten. Solange nicht der allgemeine Zinsfuß gesenkt wird, wird sich das Kapital dem Baumaarkt fernhalten. Die vermehrte staatliche Kapitalbildung für Wohnungsbau ist nur möglich, wenn die Kaufkraft des einzelnen gesteigert, das heißt, das Einkommen vermehrt wird. Von den Versicherungsgesellschaften kann man Geld für den Wohnungsbau in größerem Umfang erst erhalten, wenn das Publikum Versicherungen nicht mehr in Dollars, sondern in Reichsmark abschließt. Auch von den Sparkassen ist zur Zeit nicht viel zu erwarten, auch der Geldaufschlag durch die öffentlichen-rechtlichen Versicherungsträger ist noch überaus knapp. Ueberaus schwierig ist noch die Beschaffung von Eigengeld. Der Kreis der Personen, die Eigengeld haben, wird sehr bald erschöpft sein; dann muß doch wieder der Staat eingreifen. Man müsse denn, der eine Wohnung bauen will, Gelegenheiten geben, dafür Geld zu sparen. Das beste Institut hierfür sei die Pausenoffenschaft. — Im allgemeinen könne man sagen, die Finanzierung des Wohnungsbau habe sich etwas gebessert, aber dagegen haben sich die Schwierigkeiten des Baugewerks gewaltig erhöht, da die Bauunternehmer für Zwischkredit sehr hohe Zinsen zahlen müssen. Man solle daher auch die Zwischfinanzierung wieder aus der Hauszinssteuer entnehmen. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß die sozialen Baubetriebe sich auch in finanzieller Beziehung gefestigt haben. (Beifall.)

funkt überhaupt keine finanziellen Schwierigkeiten in den Bauhütten mehr geben! (Lebhafte Beifall.)

Hierauf spricht Kollege Silberstein mit zum Punkt 8: Der Sturm auf die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Dieser Sturm auf die Zwangswirtschaft wird entfesselt von den Hausbesitzern und sonstigen Vertretern des Privatbesitzes. Die sogenannten Zwangsmaßnahmen im Wohnungswesen wurden von der alten deutschen Regierung bald nach Ausbruch des Krieges eingeführt. Die immer schlechter werdenden Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens zwangen dazu. Den Männern im Schützengraben wurde für die Verteidigung des Landes, das ihnen nicht gehörte, Eigenland und Eigenheim nach Kriegsende in dem von ihnen verteidigten Lande versprochen. Auch der heutige Reichspräsident hat sich damals so ausgesprochen. Nach dem Siege hat man dann die Zwangswirtschaft in strengere Formen gebracht durch das Mietengesetz. Diese Mieterhöhungsgesetze waren zur dringenden Notwendigkeit geworden. Nebenher ist die Begründung der damaligen Regierung zu dem Gesetze in Erinnerung. Damals wurde erklärt, an eine Aufhebung dieser Zwangsgesetze sei so lange nicht zu denken, bis die Wohnungsverhältnisse wieder normal seien. Das war damals. Je mehr dann aber später der Gedanke des absoluten Eigentumsrechtes wieder erstarkte, um so mehr wuchs das Verlangen des gesamten Privatbesitzes, in erster Linie natürlich des Hausbesitzertums, den Mieterhöhen Schranken des reaktionären Privatbesitzes. Auch die Staatshilfe zur Förderung des Wohnungsbaues flaut immer mehr ab. Durch die dritte Steuernotverordnung ist ein wirres Durcheinander auf diesem Gebiete eingerissen. In manchen Ländern schreit die Wohnungsnot geradezu zum Himmel. In Bayern nehmen schon sogar die Pastoren gegen die furchtbaren Zustände der Wohnungsnot Stellung; sie verlangen die Abstellung solcher Schweinerei. In anderen Ländern liegen die Verhältnisse nicht viel besser. Man darf es nicht den Gemeinden, auch nicht den Ländern überlassen, über das Wohnungswesen zu bestimmen; das ist Sache der Volksgemeinschaft, des ganzen Reiches! Hier muß Gemeinlichkeit eingreifen! Die Regierungen der Länder dürfen nicht „ermächtigt“, sie müssen verpflichtet werden. Diese furchtbare Wohnungsnot zu bekämpfen, muß Sache des ganzen Volkes werden, die Bauhütten, die Gewerkschaften müssen alle Mittel anwenden, um die furchtbaren Zustände der Wohnungsnot zu beseitigen. Man redet den Leuten vor, bei Abschaffung der Zwangswirtschaft werde die Bautätigkeit gesteigert. Das sind Trugschlüsse, ist eine beachtliche Irreführung, die Hoffnungen erweckt, die schmachlich zu schanden werden müssen. Damit wird nur die krasse Selbstsucht der Vertreter der „freien“ Wirtschaft bemäntelt. Die Folgen einer solchen „freien Wirtschaft“ wären unübersehbar. Gebaut würde aus schon vom Vorredner angeführten finanziellen Gründen dennoch nicht, die Mieten jedoch würden um das vier- und fünffache gesteigert werden. Damit würde in erster Linie das Wohnproblem brennend werden; denn dann reichten die heute gezahlten Löhne noch nicht einmal zur Mietzahlung. Die Erhöhung der Hauszinssteuer erhöht übrigens das Einkommen der Vermieter. Unsere Bauhüttenbewegung erstrebt nun, dem Volke billige, gute Wohnungen und jedem im Volke eine Wohnung zu verschaffen. Ueberall da, wo wir Einfluß besitzen, müssen wir gegen die Beseitigung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens auftraten. Was die Vertreter der „freien Wirtschaft“ wollen, richtet sich gegen alle Moral und Volkswohlfahrt. Auf das was in dieser Richtung jetzt im Reichstage vor sich geht, müssen wir ein äußerst wachames Auge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wirkt gegen die Bestrebungen der Vertreter der „Wirtschaft“ in unserem Sinne. Unter den heutigen Verhältnissen keine Loderung oder Beseitigung der Zwangswirtschaft! Eine Steuererhöhung, die im glücklichen Besitz einer Wohnung sind, wäre aus Gründen der Volkssolidarität für alle Volksgenossen, die keine Wohnung haben, sehr am Platze, natürlich nach dem finanziellen Stand und können des einzelnen. Diese Steuer müßte natürlich voll dem Wohnungsbau zufließen. Wir sind nicht etwa Freunde überspannter Bureaucratie, aber unter den heutigen Verhältnissen wäre jede Loderung der Zwangswirtschaft ein Frevel. Die Zwangswirtschaft darf auch nie etwa wieder in die alten Geleise der Vorkriegszeit geraten. Dieser Meinung war übrigens auch der damalige Geschäftsführer des Städtetages, der heutige Reichsminister Dr. Lütjens, schon im Jahre 1918. Seine damaligen Ausführungen können wir nur unterstreichen. Heute scheint er eine andere Meinung zu haben. Die Wohnung ist die Urzelle der Familie und damit der

Staates. Wird sie nicht gepflegt, dann krankt der Staat, und seine Mitglieder verlieren das Interesse an ihm. Wir Bauhüttenleute wirken im Interesse der sozialen Volkswohlfahrt. In diesem Sinne wollen wir weiter wirken in organischer Verbindung mit allen lebenden und strebenden Kräften innerhalb unserer Volksgemeinschaft! Unsere Bauhüttenbewegung wird schrittweise voranschreiten; was wir aber von Staats- und Gemeindebehörden bei unserem Streben verlangen, das ist nur das gleiche Recht für alle. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

In der nun folgenden Aussprache geben die einzelnen Redner wertvolle Ergänzungen zu den drei gehörten Vorträgen. Unter anderem gibt der bayerische Landtagsabgeordnete M. M. M. geradezu erschütternde Aufschlüsse über das Wohnungswesen in Bayern, vor allem in Franken. Von anderen Rednern wird betont, daß die sozialen Baubetriebe danach streben müssen, auch die Bauhüttenbewegung in die Hände zu bekommen. Der Preiswucher der privaten Baubetriebe wird scharf verurteilt, und nachgewiesen, daß die vielfach veranschaulichten „hohen“ Löhne der Bauarbeiter auf die Baupreise ganz geringen, kaum nennenswerten Einfluß haben. Die Tätigkeit des Wohnungsreformers D. M. M. findet lobende Anerkennung. Den Gewerkschaften wird zur Pflicht gemacht, sich lehrhaft um die Wohnungsverhältnisse zu kümmern. In Beispielen wird nachgewiesen, daß Stadtbauverwaltungen in Bayern bei Vergütung von Arbeiten die Arbeit dem zuzuwenden, der Mitglied der Bayerischen Volkspartei ist. Ähnliche Bevorzugungen werden auch von bürgerlichen Stadtkollegen anderer Länder gemeldet. Nach heftiger Aussprache wird die nachstehende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Der vom 14. bis 16. Mai in München tagende fünfte Deutsche Bauhüttenrat wendet sich entschieden gegen die Bestrebungen privatkapitalistischer Interessenten auf Wiedereinführung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen, weil damit die schon heute völlig ungenügende Wohnungsbautätigkeit für die minderbemittelten Volksteile völlig erschöpft, die Wohnungsnot ins Unerträgliche gesteigert und die Mieten auf eine Höhe getrieben würden, die entweder eine starke Herabdrückung der Lebenshaltung, der breiten Volksmassen oder eine starke Belastung der deutschen Wirtschaft durch die unausbleiblichen Lohn- und Gehalts-erhöhungen zur Folge haben müßte.

Der Bauhüttenrat behauptet, daß bis jetzt infolge der Zerstückelung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues kein einheitliches und großzügiges Wohnungsbauprogramm für ganz Deutschland aufgestellt und damit auch den finanzschwachen Gebieten Deutschlands Hilfe im Kampf gegen die Wohnungsnot gebracht werden konnte. Er fordert, daß mit der heutigen Zerstückelung schnellstens gebrochen wird.

Der Bauhüttenrat hält die bisherige Finanzierung des Kleinwohnungsbaues für völlig unzureichend. Er verlangt, daß das gesamte Einkommen aus der Hauszinssteuer dem Kleinwohnungsbaue zugeführt wird und daß außerdem die Hauszinssteuerhypotheken für den Kleinwohnungsbaue in einer Höhe und zu einem Zinssatz gegeben werden, daß die Vermehrung der Mieten für Kleinwohnungen auf den Stand der gesetzlichen Mieten für Altmwohnungen möglich ist.

An die Stellen, die die öffentlichen Gelder für den Kleinwohnungsbaue verwalten, richtet der Bauhüttenrat die Mahnung, dem Wohnungsbaue Markt aus dem Hauszinssteuerertrage ausreichende Ausgabenkredite zur Verfügung zu stellen und nicht den bauausführenden Betrieben die Finanzierung des Wohnungsbaues zuzumuten.

Vom Reich fordert der fünfte Deutsche Bauhüttenrat, daß es die Regelung des Bau- und Wohnungswesens wieder selbst in die Hand nimmt und damit der heutigen Zerstückelung auf diesem Gebiete ein Ende bereitet.“

Die Sitzung wird hierauf auf Sonnabend, den 16. Mai, vertagt.

Am zweiten Verhandlungstage berichtet der Vorsitzende, Kollege Paepelow, vor Eintritt in die Tagesordnung über den Tod des Kollegen Heinrich Wendler, Mitbegründer der Bauhütte Helfenkirchen und zuletzt Geschäftsleiter der Baugewerkschaft Oldenburg. Die Anwesenden ehren das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Danach hörte der Bauhüttenrat zunächst einen Vortrag des Arztes Richard Vincke über

Die wissenschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe.

Wenn einmal Richtlinien für wissenschaftliche Betriebsführung herausgegeben werden, wird brauchen nicht selten die Meinung verbreitet, daß die wissenschaftliche Betriebsführung hauptsächlich Theorie sei, die man in der Praxis aber nicht ohne weiteres anwenden könne. Wir sind aber nicht mehr nur Handwerker, können nicht mehr nur nach Handwerksregeln arbeiten. Im Gegensatz zu der handwerklich erfahrungsgemäßen Fortbildung der Arbeits- und Betriebsmethoden früherer Jahrhunderte muß die moderne Wirtschaft, selbst die Naturwissenschaften in der Technik den übertragenden Einfluß auf ihre Gestaltung gewonnen hat, in jeder Hinsicht versuchen, in dieser Richtung weiter zu arbeiten, wenn sie sich behaupten will. Fast alle andern Wirtschaftszweige haben diese Notwendigkeit erkannt; nur im Baugewerbe (ausgenommen höchstens den Betonbau) baut man fast noch so wie zur Zeit Karls des Großen. Die

sozialen Baubetriebe als Vorkämpfer der neuen Bauwirtschaft haben jedoch von Anfang an den Grundgedanken auf ihre Fahne geschrieben, das Baugewerbe in den Fluß der modernen industriellen Produktion hineinzuleiten. Sie wissen genau, daß sie damit gegenüber der veralteten Organisation des baugewerblichen Privatunternehmens einen Vorprung haben, der für die Durchsetzung der Gemeinwirtschaft im Baugewerbe eine große Erleichterung geben wird. — Selbstverständlich muß beachtet werden, daß das Baugewerbe keine Eigenarten hat, die für die wirtschaftliche Betriebsführung die Notwendigkeit ergeben, zur Durchsetzung neuer Formen auch ganz neue Wege zu suchen. Es sei hier besonders daran erinnert, daß im Baugewerbe nicht das fertige Produkt, sondern die Fabrik (hier Baubetrieb genannt) transportiert wird. Es muß also an jeder Baustelle, entsprechend den verschiedenen Verhältnissen, die Fabrikationsstätte erst neu aufgebaut werden. Was das allein an Arbeitsvergeudung mit sich bringt, wozu dann noch die vielen andern Schwierigkeiten, nämlich des Materials, der Handwerker usw. kommen, liegt klar zutage. Die Bauhüttenorganisation hat die Wege, wie man auf dem Gebiete der modernen Betriebsführung im Baugewerbe weiterkommt, bereits nach allen möglichen Richtungen durchforscht und wertvolle Erfolge aufzuweisen. Nachdem jetzt die wirtschaftlichen Verhältnisse stabiler geworden sind und das Baugewerbe besser beschäftigt ist, wird auch mit immer größerer Intensität an die Auswertung aller dieser Dinge, auch für den kleinsten Betrieb, gegangen werden müssen. Wege dazu wurden bereits und werden auch künftig angedeutet. Insbesondere ist für ihre Durchsetzung auch Mitarbeit aller in der Bauhüttenbewegung tätigen Hand- und Kopfarbeiter unerlässlich. In bestimmten Abständen soll eine genaue Kontrolle des Erreichten stattfinden, um sich Rechenschaft darüber zu geben, was jeweils erreicht und welche Erfahrungen gemacht worden sind, um somit einen Weg zu finden für den Weiterbau. Schließlich soll die Steigerung der betriebswirtschaftlichen Arbeit in der Bauhüttenbewegung dadurch auf das Stärkste gefördert werden, daß der Verband sozialer Baubetriebe die Abteilung, die bisher diese Fragen nebenher bearbeitet hat, zu einem größeren Degernat ausbaut. Ähnliche Gedanken sind früher schon ausgesprochen worden; aber für die Zukunft muß es heißen: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun Taten sehen! (Lebhafte Beifall.)

Die Organisationsfrage im Verband sozialer Baubetriebe.

Hierzu erstatten die Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, August Gellingner und Walter Klor, ausführliche Berichte. Die Aussprache, die sich mit Unterbrechung durch die Mittagspause bis in den späten Nachmittag hin zog, wurde schließlich beendet durch Annahme der folgenden Entschlieung:

„Der Bauhüttenrat billigt das Bestreben, eine einheitliche Organisation und eine klarere Zusammenfassung der sozialen Betriebe herbeizuführen. Der in Altenburg beschlossene Entwurf eines neuen Mustergefellchaftsvertrages für Bauhütten bildet hierfür eine geeignete Grundlage. Die Bauhüttenbetriebsverbände sind den praktischen Bedürfnissen der Bewegung entsprechend umzugestalten. Die bezüglichen Betriebsleiterkonferenzen sind mehr als bisher zu pflegen und auszugestalten.“

Ein Vortrag Voigt, Breslau, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den sozialen Baubetrieben wird der vorgezeichneten Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt. Der Vorsitzende, Kollege Paepelow, gibt dann in einem Schlusswort einen kurzen Rückblick über den Verlauf der Tagung. In allen großen Fragen waren wir einig. Wir haben der großen Deffektivität gezeigt, was wir erstreben. Unsere Bauhüttenbewegung wird dadurch in immer größeren Kreisen Wertschätzung und weitere Anhänger finden. Unbestritten werden wir auf dem von uns beschrittenen Wege weitergehen. Der Redner schließt den Bauhüttenrat mit dem Wunsche, daß in diesem Sinne jeder draußen arbeite. Schluß abends 6 Uhr.

Wohnungsbaue und Bauarbeitermangel.

In Nr. 20 der „Gewerkschaftszeitung“ schreibt A. Seyler über den Mangel an Bauarbeitern und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß schließlich kein anderer Weg mehr übrig bleibt, als die Zulassung ausländischer Tagelöhner. Es ist gefährdeten Interesses die Interessen der nach Hunderttausenden zählenden, sich nach einer menschenwürdigen Wohnung sehenden Volksgenossen zurücktreten lassen; er spricht von willkürlicher Lohnsenkung, von geringem Nachschub im Baugewerbe und anderen mehr. Die ungewerkschaftliche Bauhüttenbewegung, die Bauarbeiter wären an der Wohnungsnot schuld, kann nur niedriger gefährt werden. Daß aber die „Gewerkschaftszeitung“ die Verbreitung dieser unsinnigen Behauptung übernimmt, ist tief bedauerlich. Der von Sachkenntnis ungetrübte Seyler hätte besser in einer Arbeiterzeitung oder in irgendeiner bürgerlichen Tageszeitung gestanden; denn nur von dort her haben wir bis jetzt

solche Ausstellungen vernommen. Vor Sehler war es Ernst v. Borfig, der von den Bauarbeitern redete als von den

Die ist die Wirksamkeit in der Facharbeiterfrage? Es ist nicht wahr, daß „fast in jedem Jahre“ sich zu Beginn der

Keine Berufsgruppe hat nach dem Kriege so schwer gelitten wie die Bauarbeiter. Die große monetäre Arbeitslosigkeit

Die unsichern Erwerbsverhältnisse im Baugewerbe verhindern allerdings lange Zeit einen größeren Zugang an

Ist der Arbeitermangel zahlenmäßig festgelegt? In den Jahren 1921 und 1922 war die Arbeitslosigkeit unter den

Die neue Zollvorlage. Wir sind das reichste Land auf Erden, von Gottes Segen voll — Und sollen doch das Hungersterben

Im Jahre 1879 führte Deutschland für Roggen und Weizen einen Zoll von 1 M je Doppelzentner ein. Damit

die Arbeitskräfte festzustellen. Er gab einen Fragebogen an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes heraus, in dem die

Danksagung.

Für die vielen Glückwünsche von persönlichen Freunden, Baugewerkschaften und anderen

gaben und andere Vergünstigungen gewähren? Sie gewähren solche Vergünstigungen in der Regel den Streitbrechern; gelinst es ihnen dadurch nur, eine allgemeine

1914 wurden je Hektar an Roggen 16 000 kg und an Weizen 19 000 kg erzielt.

Während des Krieges wurde der autonome Zolltarif zum Teil außer Kraft gesetzt. Man konnte eben dem

Im Mittelpunkt der neuen Zollvorlage, die wie auch im Jahre 1902, ein regelrechtes Kompromiß zwischen

Soweit die Frage erörtert werden soll, ob die deutsche Landwirtschaft den Bedarf an Getreide und Fleisch in

Table with 3 columns: Crop, 1913, 1924, and average as 1913. Rows: Winterweizen, Sommerweizen, Winterroggen, Sommerroggen.

In der Landwirtschaft ist bis jetzt viel von Verbesserung der Arbeitsmethoden (Intensivierung der Land-

Für die Einführung von Agrarzöllen sind bei den bisherigen Zollansätzen immer wieder die Preisunterschiede

Table with 2 columns: Crop and average 1913 and 1923. Rows: Märkischer Roggen, Ausländischer Roggen, Märkischer Weizen, Ausländischer Weizen.

Auslandsgetreide ist also nach dem Kriege teurer als deutsches Getreide; das ist noch heute so. Der Anreiz

der Wille zum Durchbruch, Verlorenes wieder zu erobern. Einmütig legen unsere Kollegen die Arbeit nieder als Antwort auf die Maßnahmen der Unternehmer, einen Teil der Kollegen zu entlassen, weil sie eine längere als achtstündige Arbeitszeit bevorzugen. Schon am 28. April gelang es uns, mit den Unternehmern eine Vereinbarung zu kommen, wonach für Privata- und Gemeindeforderungen die achtstündige Arbeitszeit grundsätzlich anerkannt wurde. Für die Bauaufträge in den Bergwerken hofften die Unternehmer auf einen guten Stern, der ihnen auch in Gestalt der Thüringer Ombudsman-Verordnung erschien. Dessen juristische Spitzfindigkeit und insbesondere die langwierige Praxis des Innenministeriums zitterte als Unternehmervandalismus, brachten es fertig, die Arbeitszeitverordnung so zu biegen, daß die Unternehmer nicht zu kurz kamen. Was verdorbenet einfach, daß die Arbeitszeit bei Bauarbeiten an öffentlichen Anlagen, die mit dem Bergbaubetriebe zusammenhängen, die gleiche sein muß wie im Bergbau. Eine derartige Auslegung des § 6 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 ist eine Rechtsverkümmung in des Wortes schlimmster Bedeutung. Man zeige uns die zwingenden betriebstechnischen Notwendigkeiten, die nach der Erklärung der Regierung angeblich den Anlaß zu dieser Verordnung gegeben haben und in jedem Betriebe gleichartig sein sollen. Wir sind überzeugt, ohne näher auf die Zusammenhänge einzugehen, daß es schwer sein wird, diesen Nachweis zu führen. Unsere Kollegen haben sich erlaubt, anderer Meinung zu sein als die Verordnung es will und haben in Ehren das Vereinsgebiet verlassen, soweit es nicht möglich war, sie zu den gebotenen Arbeitsbedingungen unterzubringen. Ein Umstand erschwert uns allerdings die Durchführung des Kampfes außerordentlich. Das ist die die einer nicht mehr zu übersteigenden Mitte entwickelte Zeilungszeit. Beispielweise hat der Unternehmer Carl Müller in Weinstadt zu Ostern 1925 24 Beschäftigte auslernen lassen. Soweit es bei den übrigen Unternehmen aus. Dies heißt sich für unsere Kollegen ein Existenzkampf, das dringend in gewerkschaftlichem Sinne beachtet werden muß, wenn die Organisation nicht Schaden leiden soll. Wir müssen es unbedingt jedem Kollegen zur Pflicht machen, sich vor der Annahme von Arbeit im hiesigen Kohlenrevier im Burenau Altenburg, Ropplan 16, zu melden.

Stade. Unsere Mitglieder haben dem Schiedspruch zugestimmt. Es ist gelungen, die streitigen 2 Stunden vor Ostern sowie die Gehaltsveränderung durchzusetzen. Inuredigt gelieben sind noch 2 Forderungen. Unwürdige Kollegen haben sich, bevor sie Urnach fallen, oder Arbeit annehmen, beim Vorliegen zu melden.

Aus den Bauwerksschaften.

Chemnitz. Das Elend der Arbeiterschaft ist nicht nur begründet in der rücksichtslos angewendeten wirtschaftlichen Lebensmacht des Unternehmertums, sondern auch diejenigen tragen ein gerilltes Maß Schuld, die den gewerkschaftlichen Gedanken nicht begreifen wollen und sich an der Kraft ihrer Arbeitsbrüder bereichern. Das sind die Inorganisierten. Im Baugewerbe sind es neben den Inorganisierten noch die „Ausgerissenen“, die sich am Körper des Baugewerksbundes wie ein Wampir festsetzt haben und von dessen Kraft saugen, um leben zu können. Weiterhin von allen Rohrtageelagen und sonstigen Verschleppungen, unsere Bau, die diese Leute genau wie die Inorganisierten ganz einlassen, beiseite noch machbar oder Berrat streichen, geht sie jetzt dazu über, unsere Tarife wacker zu abzuschreiben. Sie fassen dabei die lieber- und Unterschriften der Tarife, um bei ihren Mitgliebern den Glauben zu erwecken, daß sie die Tarife abgeschliffen hätten. Fälschung und Diebstahl müssen die sogenannten „Führer“ von der Kainstraße begeben, um ihre Existenz begründen zu können. — Im Oktober 1924 hatten die bei uns organisierten Träger ihrer Affordordnisse bezugslos verbessert. Um auch den paar bei ihnen organisierten Trägern diesen abgeänderten Vertrag zugänglich zu machen, haben damals die „Führer“ der Kainstraßenvereinigung das Wortommen in ihrem „Bauarbeiter“ zum Abdruck gebracht und den Neuschluß als einen „Schurkenstreich“ der Bapelonbureauaufgabe von Chemnitz bezeichnet. Alles scheint sich seitdem bei den Kainstraßern geändert zu haben. Auch in diesem Jahre ist es unsere Trägern durch ihren festen Zusammenhalt gelungen, ihre Affordordnisse abermals zu verbessern. Aber kein Wort der Kritik nichts von einem „Schurkenstreich“ der Bapelonbureauaufgabe war zu hören. In aller Stille ist im Bureau der V. u. H. Kainstr. 2, dieser verbesserte Vertrag wortgetreu abgedruckt und an die Träger der „Ausgerissenen“ verabsichtigt worden. Die Heberfrist und die Unterschriften sind geändert (hier gefälscht) worden, womit der Beweis erbracht werden soll, daß auch die Kainstraße einmal einen Vertrag abgeschlossen hätten. Aber nicht genug damit. Mit den gleichen Methoden haben die „Führer“ der Kainstraßenvereinigung auch die von uns durchgeführte jüngste Lohnregelung für die Stukkatoren behandelt. Auch dieses Wortommen haben sie wortgetreu zum Abdruck gebracht. Sie haben alle Spuren des Arbeiters verwischt und sich als die Verhandlungsführer und Vertragsträger aufgestellt. So berechnen sich die „Revolutionären“ fortgesetzt an unserem Bund und zehren von dessen Kraft zum Schaden der gesamten Bauarbeiterschaft. — Parajiten.

Mauer werden eingestellt von G. Meffensburgs Erben, Schwägerin Meffensburg, Zschimmler 4.

Aus den Fachgruppen.

Bau-Werkmeister.

Konferenz des Bezirks Hessen und Sassen-Nassau. In Frankfurt a. M. lagte am 21. Mai eine von 14 Kollegen bestellte Bezirkskonferenz der Bolikere und Schmiedemeister. Außerdem waren anwesend für den Bezirksverband Kollege Hempel, für die Reichsfachgruppenverband Kollege Peters und als Gast Kollege Schorn, Hamburg. Zum Verhandlungsleiter wurde Kollege Hempel, zum Schriftführer Kollege Behrt bestimmt. Nachdem Kollege Hempel die Notwendigkeit der Tagung begründet hatte, sprach Kollege Peters über den Stand des Baugewerksbundes und seine Bedeutung für die Bauwerkmeister. Er führte aus, daß infolge des mangelnden Organisationsbedürfnisses der Bolikere und Schmiedemeister leider manche Aufgäbe ungelöst bleiben mußte. Das Solidaritätsgefühl leide unter dem falschen Standesbewußtsein, was auch darin zum Ausdruck komme, daß die kaum erregene Anerkennung des Bolikerebundes als freie Gewerkschaft und Mitglied des VDMG bald wieder mit der Mitgliedschaft im VDMG-Verein vertauscht wurde. Dem Bolikerebund müssen wir das Recht abstreiten, Reichs- und Bezirksarbeitsverträge allein mit den Arbeitgebern abzuschließen; denn nach unsern Feststellungen sind bei uns organisiert 8808 Bolikere, 1917 Stillschlißpoliere und 632 Schmiedemeister, zusammen 6357. Dabei sind noch einige Bezirke nicht mitgezählt. Für den Bolikerebund lassen sich auf Grund der letzten Kautalabschreibung etwa 7800 Mitglieder ermitteln. Im Bezirksverband Frankfurt sind im Baugewerksbund 218 Bolikere, 157 Stillschlißpoliere und 24 Schmiedemeister organisiert, zusammen also 399, der Bolikerebund hat dagegen nur 220 Mitglieder im Bezirksverband Frankfurt aufzuweisen. Unsere Aufgabe müsse es daher sein, unsere Kollegen zu einer Fachgruppe zusammenzufassen, um als geschlossene Körperschaft die Interessen der Bolikere und Schmiedemeister wahrzunehmen. Mit dieser Aufgabe läßt sich die Neutralitätserklärung des Bolikerebundes bei Streiks nicht vereinbaren, weil der Bolikere dadurch gezwungen wird, bei Kämpfen im Baugewerbe Streikbrecher zu beaufichtigen. Die Regelung der Löhne müsse Aufgabe der Bauwerkmeister sein und dürfe nicht, wie bisher noch, auf den Krüden der Bauarbeiter gelehrt. Erfolgversprechend würde das erst sein, wenn die gesamte Bauarbeiterschaft als Minderanzahl dabei mit herangezogen werden könnte. Zu Selbständigkeit, Pflichtbewußtsein und Verantwortungsbewußtsein müsse es der Bolikere ableiten, sich wieder in das frühere Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber lösen zu lassen, diese Freiheit könne aber nur im Baugewerksbund gewahrt werden. Nur durch Schaffung arbeitsfähiger Fachgruppen, durch deren Stärkung und durch den Baugewerksbund könnten sich die Bauwerkmeister den notwendigen Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse sichern. In der anregenden Aussprache überleitete die Vertreter aus Mainz, Frankfurt a. M., Darmstadt, Wiesbaden, Gießen, Hannover-Münden, Gießen und Gersfeld die Verhältnisse in ihren Baugewerkschaften. Allgemein wurde die Notwendigkeit der Bildung von Fachgruppen anerkannt und zunächst einseitig aufstellen zu können. Die Anerkennung der Neutralitätserklärung wird von allen Kollegen als Zwang und Verstoß gegen das Koalitionsrecht abgelehnt. Im Schlufwort betonte Kollege Peters, daß das Zusammenschließungsbedürfnis der Bauwerkmeister und Bauarbeiter gestärkt und gefördert werden müsse, und bat um Mitarbeit an der Fachzeitschrift „Der Bauwerkmeister“. Nachdem er noch auf die in der Aussprache gestreiften Einzelheiten, hauptsächlich auf die Preisfrage, eingegangen war, schloß er die Sitzung des gegenwärtigen streitigen Verhandlungs auf dem diesjährigen Gewerkschaftsfesttag ab.

Berlin. In einer gut besuchten Versammlung der Fachgruppe Betonbau gab der Gruppenleiter, Kollege Kuderz, einen ausführlichen Bericht über die Reichskonferenz der Betonarbeiter. Die dort gefassten Beschlüsse wurden gutgeheißen. An den Bericht über die Referate von Bapelow und Bernhardt schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache sowohl über die organisatorischen Fragen, als auch über die Entwicklung und die bestehenden Arbeitsmethoden im Eisenbetonbau. Die Behauptungen des Vorsitzenden des Beton- und Eisenbetonverbandes über die Arbeitszeit, wonach 66 % aller Betonarbeiter über 8 Stunden arbeiten sollten, wurden angezweifelt. Für Berlin trafe sie bestimmt nicht zu, wenn auch zugegeben sei, daß auf einzelnen Baustellen, wo die Organisation nicht den notwendigen Nachhakt hat, von einzelnen notorischen Arbeiterbundführern über die Strafen gesprochen werde. In der Affordordn. wurde das für und Wider eingehend erörtert; als außerordentlich wichtig wurde das Zurückweichen der Bauwerkmeister bezeichnet, das im Betonbau von den Bolikeren und Pauschieren ausgeübt wird. Wineswegs dürfe man in der Affordordn. die Zügel lösen lassen. Laßt sich die Affordordn. durch Beschlüsse nicht beistimmen, so müsse sie durch Mitteilungen oder Verträge geregelt werden. Dem Bauarbeiterführer solle von den Kollegen mehr Interesse entgegengebracht werden. Die Anstellung von Bautenkontrollanten müsse mit aller Macht betrieben werden; denn 2 Bautenkontrollanten für Groß-Berlin seien wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ferner wurde die Leitung beauftragt, die ganze Macht der Organisation dafür einzusetzen, daß die unerbittliche Forderung der Betonarbeiter im Tiefbau beibehalten werde. Am Schlußwort ging Kollege Kuderz auf die Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Punkten ein und forderte die Kollegen auf, sich für den Rufbau und Ausbau der Fachgruppe sowie der Gesamtorganisation einzusetzen; das sei möglich durch zielbewußte Organisationsarbeit und solidarisches Handeln.

Mauer werden eingestellt von G. Meffensburgs Erben, Schwägerin Meffensburg, Zschimmler 4.

Aus den Fachgruppen.

Bau-Werkmeister.

Konferenz des Bezirks Hessen und Sassen-Nassau. In Frankfurt a. M. lagte am 21. Mai eine von 14 Kollegen bestellte Bezirkskonferenz der Bolikere und Schmiedemeister. Außerdem waren anwesend für den Bezirksverband Kollege Hempel, für die Reichsfachgruppenverband Kollege Peters und als Gast Kollege Schorn, Hamburg. Zum Verhandlungsleiter wurde Kollege Hempel, zum Schriftführer Kollege Behrt bestimmt. Nachdem Kollege Hempel die Notwendigkeit der Tagung begründet hatte, sprach Kollege Peters über den Stand des Baugewerksbundes und seine Bedeutung für die Bauwerkmeister. Er führte aus, daß infolge des mangelnden Organisationsbedürfnisses der Bolikere und Schmiedemeister leider manche Aufgäbe ungelöst bleiben mußte. Das Solidaritätsgefühl leide unter dem falschen Standesbewußtsein, was auch darin zum Ausdruck komme, daß die kaum erregene Anerkennung des Bolikerebundes als freie Gewerkschaft und Mitglied des VDMG bald wieder mit der Mitgliedschaft im VDMG-Verein vertauscht wurde. Dem Bolikerebund müssen wir das Recht abstreiten, Reichs- und Bezirksarbeitsverträge allein mit den Arbeitgebern abzuschließen; denn nach unsern Feststellungen sind bei uns organisiert 8808 Bolikere, 1917 Stillschlißpoliere und 632 Schmiedemeister, zusammen 6357. Dabei sind noch einige Bezirke nicht mitgezählt. Für den Bolikerebund lassen sich auf Grund der letzten Kautalabschreibung etwa 7800 Mitglieder ermitteln. Im Bezirksverband Frankfurt sind im Baugewerksbund 218 Bolikere, 157 Stillschlißpoliere und 24 Schmiedemeister organisiert, zusammen also 399, der Bolikerebund hat dagegen nur 220 Mitglieder im Bezirksverband Frankfurt aufzuweisen. Unsere Aufgabe müsse es daher sein, unsere Kollegen zu einer Fachgruppe zusammenzufassen, um als geschlossene Körperschaft die Interessen der Bolikere und Schmiedemeister wahrzunehmen. Mit dieser Aufgabe läßt sich die Neutralitätserklärung des Bolikerebundes bei Streiks nicht vereinbaren, weil der Bolikere dadurch gezwungen wird, bei Kämpfen im Baugewerbe Streikbrecher zu beaufichtigen. Die Regelung der Löhne müsse Aufgabe der Bauwerkmeister sein und dürfe nicht, wie bisher noch, auf den Krüden der Bauarbeiter gelehrt. Erfolgversprechend würde das erst sein, wenn die gesamte Bauarbeiterschaft als Minderanzahl dabei mit herangezogen werden könnte. Zu Selbständigkeit, Pflichtbewußtsein und Verantwortungsbewußtsein müsse es der Bolikere ableiten, sich wieder in das frühere Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber lösen zu lassen, diese Freiheit könne aber nur im Baugewerksbund gewahrt werden. Nur durch Schaffung arbeitsfähiger Fachgruppen, durch deren Stärkung und durch den Baugewerksbund könnten sich die Bauwerkmeister den notwendigen Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse sichern. In der anregenden Aussprache überleitete die Vertreter aus Mainz, Frankfurt a. M., Darmstadt, Wiesbaden, Gießen, Hannover-Münden, Gießen und Gersfeld die Verhältnisse in ihren Baugewerkschaften. Allgemein wurde die Notwendigkeit der Bildung von Fachgruppen anerkannt und zunächst einseitig aufstellen zu können. Die Anerkennung der Neutralitätserklärung wird von allen Kollegen als Zwang und Verstoß gegen das Koalitionsrecht abgelehnt. Im Schlufwort betonte Kollege Peters, daß das Zusammenschließungsbedürfnis der Bauwerkmeister und Bauarbeiter gestärkt und gefördert werden müsse, und bat um Mitarbeit an der Fachzeitschrift „Der Bauwerkmeister“. Nachdem er noch auf die in der Aussprache gestreiften Einzelheiten, hauptsächlich auf die Preisfrage, eingegangen war, schloß er die Sitzung des gegenwärtigen streitigen Verhandlungs auf dem diesjährigen Gewerkschaftsfesttag ab.

Mauer werden eingestellt von G. Meffensburgs Erben, Schwägerin Meffensburg, Zschimmler 4.

Feuerungs- und Schornsteinmauer.

Breslau. Eine von etwa 15 Kollegen bestellte Versammlung der Feuerungs- und Schornsteinmauer zeigte ein recht lebhaftes Interesse für die Erörterung der Angelegenheiten. Es hat den Anschein, als ob der Kampf um die Schornsteinmauer Schließung nach der Festsetzung zur Durchführung, sondern auch trübsaliger als die Sache der werden wollen. Kollege Hentlich gab eine Zusammenfassung zu dem Jahresbericht für 1924 und äußerte den Wunsch, daß die Kollegen nach größtmöglicher Beteiligung bei den Versammlungen teilnehmen möchten. Besondere Beachtung wurde ein Mißstand bei der Bezirksorganisation. Der Teil der Kollegen, die im Jahre 1924 nicht am Bezirkskongress teilgenommen, wird die Kollegen vorzuziehen. Dieser Zustand muß durch eine durchgreifende Kontrolle der Leiter geleistet werden. Die Kollegen haben dies auch im allgemeinen anerkannt. Eine lebhafte Aussprache entspann sich durch die Erörterung des Streitfalls bei der Firma „Westerhof“ (Scheffele Gießerei). Die Kollegen waren über die rote Mauerwerk auszuführen und Bauarbeiten der Feuerungsmauerwerk, während die Kollegen von der Firma „Westerhof“ die Schornsteinmauerwerk auszuführen und den zuständigen Behörden anzurechnen. Die Kollegen waren fast übereinstimmend der Ansicht, daß der Feuerungsmauerwerk auch dann gestrichelt werden muß, wenn nur rote Mauerwerk gearbeitet wurde. Kollege Meise erklärte, daß die eigenartige Fälschung des Feuerungsmauerwerk leider keine Sandbühnen, um dies zu erzwingen. Kollege Dentschal sei aber getrieben worden, diese Frage zu klären, die Erörterung darüber könne in der Pfingstversammlung fortgesetzt werden. Kollege Meise führte weiter aus, ein Streik über irgendeinen arbeitslosen Fallus dürfe unter keinen Umständen dazu führen, daß die Kollegen ihre Delegierten zurückziehen, oder daß der Delegierte selbst aus Verärgerung den Posten niederlegt und dadurch das Ansehen der Gesamtorganisation schmälert. Die Kollegen hätten namentlich in Breslau alle Missetaten, sich auf der Baustelle um ihre Interessenvertretung zu bemühen, zumal die beiden Firmen Zehel und Lindernagel in Breslau alles andere als vertragstreu sind. Wenn die Kollegen dort so wie bisher weiterarbeiten, werden wir von der Firma noch lange keine Abkärung der Organisation erwirken.

Cipser und Stukkatoren.

Nachdem die Verhandlungen für den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages beinahe erfolglos verlaufen waren, sind unsere Kollegen in den verschiedensten Bezirken an die Unternehmung mit Forderungen herangetreten, nicht nur zur Festlegung neuer Löhne, sondern auch von Bezirksverträgen, die sich nach auf unser neues Tarifmuster aufbauen sollten. Den Lohnforderungen geschuldet verhalten sich die Unternehmer entgegenkommend, auch soweit es sich um Festlegung selbständiger Löhne unabhängig vom Mauerwerk handelt. Anders dagegen in bezug auf den Abschluß von Reichsarbeitsverträgen. Hierzu hat der Vorsitzende des Stukkatorenbundes, Herr Bremer, Düsseldorf, überall Anweisung ergehen lassen, auf keinerlei Vertragsabschluss einzugehen, sondern darauf zu drängen, daß erneut zentrale Verhandlungen stattfinden sollen. Das zeigte sich nicht nur im Gebiet Karlsruhe, sondern auch in den einzelnen Wohngebieten des Bezirks Köln und anderer. Am Markstein in dieser Sache zu schaffen, sind zwischen Herrn Bremer und den Vertretern unseres Bezirkes, den Kollegen Dentschal und Schmidt (christl. Organisation), am Montag, 26. Mai, eine Aussprache statt. Hierbei wurde vereinbart, daß bei allen Verhandlungen, die bis Ende Juni stattfinden, die Tarifregelung außer Betracht bleiben und nur die Lohnfrage geregelt werden soll. Am 20. Juni findet in München die Zentralversammlung des Stukkatorenbundes statt, wo die Tariffrage erneut zur Beratung steht. Die Stukkatoren- und Gipsermeister dürfen mittlerweile doch schon auf der Einigkeit gekommen sein, daß sich unsere Bezirkskollegen auf keinen Fall einen Tarifvertrag gefallen lassen, der ihren berechtigten Forderungen nicht entspricht. Festlegung des Affordordn. und Regelung der Lehrjahrsabhängigkeit, keine Affordordn. was sie nicht freiwillig aufgeben der Tarifparteien vereinbart ist, Erziehung der Ferienfrage, das sind Punkte, deren tarifliche Festlegung wir in diesem Jahre erreichen wollen und müssen. Geht es nicht im Wege der Verhandlungen, dann durch Kampf. Darauf sind unsere Kollegen eingestellt. Es ist zu erwarten, daß dies von den Unternehmern mehr berücksichtigt wird als bisher, denn in den verschiedensten Bezirken ist es so sehr fühlbaren Arbeitsstellen gekommen. Die neuen Lohnvereinbarungen sind umgehend an den Reichsfachgruppenobmann einzufinden.

Bezirkskonferenz der Cipser und Stukkatoren in Karlsruhe.

Am 17. Mai fand in Karlsruhe i. d. eine gemeinsame Cipser- und Stukkatorenkonferenz unserer und der christlichen Organisation statt. Vertreten waren die Kollegen aus Karlsruhe, Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg, Breisach, Auenburg, Birsbrunn, Badstuber, Neustadt a. d. S. und Saarbrücken. Außerdem waren der Reichsfachgruppenobmann, Kollege Dentschal, der zweite Vorsitzende der christlichen Organisation, Kollege Schmidt, Berlin, unser Kollege Philipp, Mar. a. S., als Vertreter unserer Bezirksleitung und Herr a. S. in gleicher Eigenschaft von der christlichen Organisation anwesend. Kollege Dentschal gab in längerer Ausführungen den Bericht über die ganze Situation und die Arbeiten der Monate. Er empfahl bezügliche Vorgehen, geht auf die Schwierigkeiten der Verbandtag und die Verhandlungen ein. Die Kollegen Schmidt ergänzte in einigen Punkten die Ausführungen Dentschals. Die Diskussion war verhältnismäßig gering. Von allen Rednern wurden einzelne wichtige Punkte der Fachgruppe in Karlsruhe auf und 20 Mitglieder angeordnet. Ein Beschluß wurde nach einem Schlußwort des Kollegen Dentschal, wonach er zum weiteren Ausbau der Organisation aufgefordert, folgende Entschlüsse angenommen:

Die am 17. Mai in Karlsruhe tagende gemeinsame Konferenz der Gipser und Stukkateure Badens und der Pfalz beschließt: mit allen Mitteln auf den Abschluß eines Bezirksvertrages zu drängen.

Der Geltungsbereich des Vertrages soll sich auf Baden und die Pfalz erstrecken. Dem Vertrage ist der Entwurf zugrunde zu legen, der von den Zentralstellen der Organisationen vorgelegt wurde. Eine einheitliche vertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ist die Voraussetzung zur Zeit nicht für durchführbar. Es soll jedoch denjenigen Städten, in denen bisher Arbeitsverträge zur Verfügung stehen, die besten Arbeitsbedingungen überlassen bleiben, während andererseits die Arbeitsbedingungen im übrigen Baden für die Gipser verbessert werden. Hierbei ist der Grundsatz zu gewährleisten, die Förderung der Tarifverhandlungen mit den Unternehmerorganisationen wird einer Kommission übertragen, die unter Mitwirkung der Bezirksleiter die Interessen der Gesamtheit zu vertreten hat.

Nachdem eine Verhandlungskommission von 7 Kollegen gewählt worden war, schloß Kollege Philipp mit ansehnlichen Worten die Konferenz.

Barren. Hier kam es zu folgendem Lohnabstand: Der Lohn eines Stukkateurs beträgt vom 14. Mai an 1,30 M., vom 26. Juni 1,35 M. Das Abkommen kam beiderseitig vom 1. August an mit vierwöchiger Frist gekündigt werden.

Reifen. In der Versammlung am 17. Mai berichtete Kollege Altman über die Sitzung mit den Unternehmern zum Zweck eines Tarifabstufens. Der Tarif ist nur erst von einem Unternehmer unterschrieben. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß er auch von allen anderen Unternehmern in kürzester Frist unterschrieben wird; denn nur so ist es möglich, die Lebensbedingungen unserer Kollegen zu bessern. Im weiteren Verlauf der Versammlung verurteilte der Obmann (Spar) das Solidaritätswesen. Er empfahl allen Kollegen, nur mit Befehlen zu arbeiten, damit dem Handwerk die aus dem Solidaritätswesen entstehenden schädlichen Einflüsse erspart bleiben.

Karlsruhe. Die in einer sehr stark besuchten Gipser-versammlung beschlossene Arbeitsverhältnisse, die am Montag, 25. Mai, ihren Anfang nehmen sollte, erübrigt sich. Der Beschluß allein hat genügt, um die Unternehmer zum Nachgeben zu veranlassen. Noch vor wenigen Tagen hatte einer der Herren Unternehmer erklärt: „Das gibt es nicht mehr, daß die Gipser nochmals einen selbständigen Tarif bekommen; sie bleiben auch am Maurerlöhne fangen.“ Nun war für den 25. Mai eine allgemeine Gipserversammlung vor Beginn der Arbeitszeit einzuberufen, und noch im Laufe desselben Tages wurden nachstehende Löhne bewilligt: vom 21. Mai bis 4. Juni 1,22 M., von 4. Juni bis 30. Juni 1,30 M., und von da an bis 30. September 1,37 M. Nebenfalls ein sehr beachtenswerter Erfolg, dem sich bald weitere anschließen werden.

Gleitiv. Nachdem mit den schließlichen Stufenfirmen ein Tarifvertrag vereinbart ist, der einen Stundenlohn von 1,30 M. und dem 1. Juni an 1,45 M. vorsieht, haben nunmehr auch die obersteinstufigen Unternehmer des Stuckgewerbes diesen Tarifvertrag anerkannt. Eine Forderung wurde nur unter Berücksichtigung des obersteinstufigen Industriegebietes in § 5 vorgekommen. Danach sind bei Arbeiten im Industriegebiet als Auslöschung täglich 2 Stundenlöhne zu zahlen. Bei Arbeiten außerhalb des Industriegebietes erhöht sich die Auslöschung auf 4 Stundenlöhne und bei Arbeiten im benachbarten polnischen Gebiet auf mindestens 5 Stundenlöhne. Der Tarif, jedoch ohne die Lohnfestsetzung, wurde bis zum 15. April 1926 abgeschlossen.

München. Hier fand am 15. Mai eine Versammlung der Stukkateure statt, die äußerst zahlreich besucht war. Nur wenige Kollegen fehlten. Der Reichsfachgruppenobmann, Kollege Obertal, referierte über die Tarifverhältnisse im Stuck- und Gipsergewerbe Deutschlands. In zweifelhäufiger Rede schilderte er unter dem Vorwand der Kollegen die Gesamtarbeitsverhältnisse. Er wies dabei auf die Verhandlungen für den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages hin, die erfolglos verlaufen, und zwingen, den Beschluß des Verbandes in Bezug auf ein einheitliches Vertragsmuster nunmehr bezüglich zur Durchführung zu bringen. Da das Lohnabkommen der Münchner Stukkateure am 19. Mai abläuft, ist der Zeitpunkt da, auch in München dementsprechend vorzugehen. Die Versammlung beschloß, den Ausführungen Obertals zustimmend, demgemäß zu verfahren. Es soll versucht werden, Südbayern unter einen einheitlichen Tarifvertrag zu bringen. Dabei werden, wenn möglich, Augsburg und auch die anderen Orte des Bezirks einbezogen, soweit es sich um die Stukkateure handelt. Die Versammlung schloß ohne Aussprache in schoniger Harmonie.

Glar.

Augsburg. Anlässlich seines Aufenthalts in München nahm Kollege E. Eichhorn aus Hamburg Gelegenheit, in unserer Fachgruppe zu referieren. Die Augsburger Kollegen dankten ihm dafür durch einen sehr guten Besuch der Versammlung. Ausgehend von den Zuständen in unserem Gewerbe im Mittelalter schilderte Kollege Eichhorn in großen Zügen die organisierten Entwicklungslinien bis zum letzten Schritt des Glaserverbandes, dem Abschlus in den Baugewerksbund. Er betrug dabei nicht die Anerkennung der Arbeiterklasse unter dem fluchtartigen Sozialiengelecke zu freieren und das Konfliktrecht zu würdigen. Zum Schluss erwähnte der Referent die Aufgabe des Bundes nicht nur als Kampforganisation zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch als Bewegerkern einer neuen Wirtschaftsoberbau. In der Aussprache wurde eine Besetzung in Bezug auf den Urlaub erörtert. Nach einem Tarifvertrag zwischen der hiesigen Innung und der Bezirksstelle des Glaserverbandes haben die Glaser Anspruch auf Urlaub. Die Meister wollen diesen Anspruch nicht anerkennen, weil der Glaserverband als Vertragskontrahent nicht mehr besteht. Kollege Bergmann von der Ortsgruppenleitung versprach die Regelung dieser Sache. Im Schlußwort machte Kollege Eichhorn zu rassistischer Gruppenarbeit und fleißigem Besuch aller Versammlungen. Nach herzlichen Dankworten des Obmanns, Kollegen Benning,

ger an unser Reichsfachgruppenobmann, verabschiedete sich Kollege Eichhorn mit einem zündenden Appell und herzlichem Lebewohl von den Augsburgern Kollegen.

Karlsruhe. Am 18. Mai fand eine Versammlung der Glaser von Karlsruhe und Umgebung statt. Der Reichsfachgruppenobmann S. Eichhorn, Hamburg, referierte über das Thema: „Die Fachgruppen im Baugewerksbund“. Redner gab einleitend seiner Freude Ausdruck, daß die Kollegen so zahlreich erschienen seien, beweise aber sehr, daß sich gerade die Zahlstelle Karlsruhe des Glaserverbandes, die er vor 40 Jahren mit gegründet habe, vom Glaserverband hat eingangs lassen. Hierauf schilderte Kollege Eichhorn den Werdegang der Reichsfachgruppen von der Sozialorganisation bis zu den Zentralverbänden und Industriearbeiterorganisationen, worauf die Kollegen für die etwa einstündigen Ausführungen reichen Beifall spendeten. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß durch den Abschlus in der Wirtschaftsgruppe unter den Gläsern verlorengegangen sei, jedoch hätten in der Festsetzungszeit die Glasermeister jede Lohnforderung abgelehnt, weshalb sie, da die meisten Kollegen in den gewöhnlichen Betrieben arbeiteten, ihre Hoffnung auf den Glaserverband gesetzt hätten. Leider seien sie mit den Löhnen gegenüber den Kollegen in anderen Städten sehr zurückgeblieben. Sie hätten auch keine Möglichkeit, für die Glaser mehr zu erreichen. Im Schlußwort schilderte Kollege Eichhorn die Selbstständigkeit der Fachgruppen im Baugewerksbund. Nicht nur die Tarifverhältnisse bestimme für alle Berufsgruppen, sondern auch in den Lohnbewegungen hätten sie Selbstbestimmung und Mitbestimmungsrecht. Die Löhne der Glaser seien in den 2 Jahren, seitdem wir zum Baugewerksbund gehören, durch zahlreiche Kämpfe den Verhältnissen entsprechend erhöht worden, während wir in manchen Städten unter den niederen Löhnen der Holzindustrie zu leiden haben. Kollege Philipp betonte besonders, daß er die Glaser in ihrem Entscheidungsbereich nicht habe beeinflussen wollen. Die Aussprache habe aber gezeigt, daß ihr Beifall überlief gewesen sei, da die Kollegen in anderen Städten ihre Befriedigung im Baugewerksbund gefunden hätten. Mit dem Hinweis auf den in diesem Jahre in Breslau stattfindenden Reichsfachgruppenkongreß fand die gut verlaufene Versammlung nach 7 Uhr ihr Ende. Die Kollegen blieben noch einige Zeit gemütlich beisammen, um sich mit ihrem früheren Vorsitzenden wieder einmal auszupreden zu können.

Werbeversammlungen in Jena und Weimar. In beiden Orten hielt der Bezirkssekretär, Kollege Leipniz, am 9. beziehungsweise am 10. Mai Werbeversammlungen ab, in denen er über den „Wiederaufbau unserer Organisation“ sprach. In ausführlicher Weise schilderte der Redner den Niedergang der gewerkschaftlichen Organisationen und besprach deren Ursachen. Er ging dann hauptsächlich auf die Wirkung im Glaserberuf ein, und zeigte durch verschiedene Möglichkeiten, wie die Werbefähigkeit unter unseren Kollegen betrieblen werden müsse. Die Werbefähigkeit von Leipniz ist in beiden Städten ganz besonders stark. Es gehören dort viele Kleinbetriebe, die fast nur Lehrlinge beschäftigen. Kollege Leipniz wies in seinen Ausführungen auf die Schäden hin, die aus dieser Praxis der Unternehmer für unsere Kollegen entstehen. Dieser Vortrag mußte in Zukunft die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Obmänner der Fachgruppen sowie die Verwaltungen der Baugewerkschaften müßten sich hievon als bisher der jungen Kollegen annehmen. Ferner besprach der Redner die Rechte und Pflichten der Gesellensausführe, die größtenteils geschickt geregelt sind. Er empfahl den Kollegen, den weitestgehenden Gebrauch von den gesetzlichen Rechten zu machen. Die sachlichen und auffälligen wirksamen Ausführungen wurden von den Versammlungen mit Beifall aufgenommen. In den Aussprachen wurde die niedrige Entlohnung und die Ausbeutung der Lehrlinge ganz besonders hervorgehoben. Es mußte ernstlich versucht werden, die Glaserleiter der Organisation zugunsten. Weitere Ausführungen betrafen die örtlichen Verhältnisse und teilweise persönliche Angelegenheiten, die durch gegenseitige Aussprachen gelöst und geregelt wurden.

Folierer.

Von verschiedenen Seiten ist die Bekanntgabe der Tarifabstände gewünscht worden, die mit dem Wirtschaftsbund des Folierergewerbes für das Industriegebiet vereinbart worden sind. Diese Preise sind aufgeführt auf den Stundenlohn von 1,16 M. für Folierer und haben Geltung vom 22. Mai an. Sie betragen für Folierungen mit Kleinstgruppenzusammensetzung, Vorarbeiten, Wandage, Anstrich und Wegmanschichten bei Rohrstärken von 20 mm 1,65 M.; 25 mm 1,80 M.; 30 mm 1,90 M.; 40 bis 45 mm 2 M.; 50 bis 55 mm 2,20 M.; 60 mm 2,40 M.; 70 mm 2,50 M.; 80 mm 2,65 M.; 90 mm 2,85 M.; 100 mm 3,05 M.; 110 mm 3,30 M.; 120 mm 3,55 M.; 130 mm 3,95 M.; 140 mm 4,35 M.; 150 mm 4,90 M. Bei Folierungen mit Vorarbeiten jeder Größe, einschließlich Gipspapier, Wandage, Anstrich und Wegmanschichten: ohne Unterstrich, qm 1,05 M.; mit Unterstrich bis 20 mm, qm 1,90 M.; mit Unterstrich über 20 bis 40 mm, qm 2,20 M.; bei Folierungen mit Estricharbeiten für jede Größe, einschließlich Gipspapier, Wandage, Anstrich und Wegmanschichten: ohne Unterstrich, qm 1,05 M.; mit Unterstrich, qm 2 M.; für doppelte Lage, qm 1,05 M.; bei Folierungen mit Estricharbeiten jeder Größe, einschließlich Mischmischmisch, Zugendigung, Wandage, Anstrich und Wegmanschichten: einfache Lage, qm 2,30 M.; einfache Lage auf Schichten, qm 2,50 M.; doppelte Lage, qm 3,70 M.; doppelte Lage auf Estrich, qm 5,55 M. Für Krümmer, Bentile und Pfannen werden 10 % Zuschlag gezahlt. Die Zuschläge für Arbeiten mit Drahtbeinlagen betragen: für Arbeiten an Gussbauteilen je qm 33 %; für Arbeiten mit Wapp: für Vorarbeiten je qm 33 %, bei Arbeiten mit Wapp je qm 25 %; für Anstrich erforderlich, wird ein weiterer Zuschlag von 13 % je qm gezahlt.

Steinseher und Rammer.

Ueber den mit dem Kleinbauernverband bescheidenden Grenzfall in Sachen der Steinseher hat auf Antrag des Kleinbauernverbandes am 12. Mai eine Schiedsgerichts-

sung unter dem Vorsitz des Genossen Robert Schmidt stattgefunden. In Aussicht auf die Verhandlungen des kommenden Gewerkschaftskongresses über die Organisationsfrage und eventuelle Neuaffektung des gewerkschaftlichen Rechtes einigten sich die beiden Parteien auf folgenden Vorbehalt des Schiedsgerichtes: „Das Schiedsgericht schlägt vor, die Entscheidung über den Streitfall bis nach dem Gewerkschaftskongreß zu versetzen. Da auf diesem Kongreß endgültig entschieden werden soll, ob das bestehende Gewerkschaftsrecht geändert werden soll, ergeht es ungewisshäufig, jezt noch eine Entscheidung auf Grund des alten Rechtes zu fällen. Das Schiedsgericht geht daher einig, daß eine sofortige Entscheidung, gleich viel in welchem Sinne sie ausfallen würde, mit Rücksicht auf die langwierigen Verhandlungen vor dem Kongreß keine wesentliche Wirkung haben würde. Beide Parteien verpflichten sich, die gegenseitige Bekämpfung und Agitation bis dahin zu unterlassen. Das Schiedsgericht tritt auf Antrag einer der beiden Parteien sofort nach dem Breslauer Kongreß zusammen.“

Tiefbauarbeiter.

Wasserbauarbeiter. Zwischen dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Deutschen Verkehrsbund kam im Jahre 1921 eine Vereinbarung über die Festlegung der Organisationsgrenzen zustande, die leider nicht immer und überall eingehalten wurden. Aus diesem Grunde und weil die Industriereparaturkommission zum Bericht an den kommenden Gewerkschaftskongreß Unterlagen haben muß, ist am 12. Mai eine neue Vereinbarung über die Organisationszuständigkeit des Deutschen Verkehrsbundes und des Deutschen Baugewerksbundes bezüglich der Wasserbauarbeiter abgeschlossen worden. Sie lautet:

1. Zum Organisationsgebiet des Deutschen Baugewerksbundes gehören: In Wasserstellen alle bei Neu- und Erweiterungsbauten mit Erd-, Maurer-, Steinbau-, Beton- und Marmararbeiten beschäftigten Arbeiter, soweit es sich nicht um kleine Ausbesserungs- und Erhaltungsarbeiten in Negetrieben handelt.

2. Alle übrigen Wasserbauarbeiter, die an der Erhaltung der Häfen und Wasserläufe beschäftigt sind, fallen in das Organisationsgebiet des Deutschen Verkehrsbundes.

Die Vertreter der beiden Organisationen sind sich darüber einig, daß keinerlei unautonomer Wettbewerb durch Beitragserhebung vorzukommen soll. Beide Organisationen verpflichten sich, etwaige Streitpunkte in kollegialer Weise miteinander zu regeln.

Im allgemeinen soll mit dieser neuen Vereinbarung keine weitgehende Änderung gegenüber dem früheren Zustand eintreten. Wo in letzter Zeit unfriedliche Zustände eingetreten sind, werden diese aber beseitigt werden müssen. Mittelscher unseres Bundes, die auf Raubbaggern, Spülern und sonstigen Unterhaltungsarbeiten, wie unter Ziffer 2 genannt, dauernd arbeiten, werden zum Verkehrsbund überleiten. Wer im Verkehrsbund Mitglied ist und an den unter Ziffer 1 genannten Arbeiten beschäftigt ist, muß zu unserem Bund überleiten. Soffentlich gelangt es überall, diese Angelegenheit friedlich-friedlich zu ordnen.

Töpfer und Fliesenleger.

Lohnbewegung. Für die Hilfsarbeiter in der Ofenfabrik Leuben bei Dresden ist ein Vertrag abgeschlossen, der Arbeitszeit, Lohnfrage, Urlaub und Bezugsfrage regelt. Die Arbeitszeit beträgt in der Woche 48 Stunden, doch unterliegt die Arbeitszeit der Brenner einer besonderen Vereinbarung. Überstunden werden mit 25 %, Sonntagsarbeit mit 50 % Aufschlag bezahlt. Die Stundenlöhne für männliche Arbeiter betragen unter 18 Jahren 50 %, über 18 bis 20 Jahre 53 %, über 20 Jahre 58 %, für Brenner 61 %, für Generatortrenner 62 %, für Glaser 65 %, für Einleger 61 %, für Stellarbeiter 61 %, für Konzentrator 61 %, Arbeiterinnen unter 18 Jahren bekommen 36 %, über 18 Jahre 39 1/2 %. Glaser erhalten außerdem für jeden Tag einen Liter Milch, Glaserinnen einen halben Liter Milch für den Tag. Steigen die Lohnsätze in den Weiskner Ofenfabriken, so sind stets die gleichen Prozentsätze vom gleichen Datum an auf die jeweiligen Stundenlöhne zu berechnen. Anfordersung ist zur Verfügung. Die Anfordersungen müssen so bemessen sein, daß ein vollwertiger Arbeiter bei regelmäßiger Arbeit 25 % über den Stundenlohn erreichen kann. Urlaub wird gewährt nach einjähriger Tätigkeit im Betrieb 4 Tage, nach 2 Jahren 4 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage, nach 4 Jahren 6 Tage, nach 5 Jahren 7 Tage, nach 6 Jahren 8 Tage und nach 7 Jahren und darüber 9 Tage. Anfordarbeiter erhalten Tagelohn plus 25 % Zuschlag. Während der Ferien erhält der Arbeiter den unterzogenen Lohn, das heißt den gleichen tariflichen Stundenlohn. Alle erforderlichen Beiträge werden von der Betriebsleitung gestellt. Dieser Vertrag gilt vom 16. April 1925 bis 31. März 1926. — In Schweidnitz ist die Lohnbewegung für die Ofenfabrik beendet. Obwohl unsere dortigen Kollegen von vornherein überzeugt waren, daß sie von dem Schlichtungsausschuß nichts zu erwarten hätten, der ihnen auch nur eine Lohnreduzierung von 11% auf 3 Monate zusprach, wurde dem Schiedsgericht zugestimmt, weil die Konjunktur ungünstig ist und eine Anzahl Kollegen unorganisiert sind. Diese für die Organisationsfrage zu gewinnen, ist eine der Vorkaufsfragen für die Verbesserung der Löhne. Auch hier zeigt sich die Tatsache, daß die niedrigen Löhne dazu beitragen, das Kleinkaufstalent zu berechnen. Will sich die Gesellen mit dem niedrigen Lohn kaum ernähren können, werden sie „Meister“ und tragen dann dazu bei, die Schuldentlastung zu vermehren. Kollegen! haltet treu und fest zur Organisation, dann werden wir diesen elenden Zustand für Schweidnitz beseitigen können. — Die Steinzeugarbeiter der Deutschen Ton- und Steingewerke in Rügeln, Krausnick und Wettenhausen befinden sich, wie bereits gemeldet, im Streit. Die Forderung von 70 % Spitzenlohn wurde von der Direktion abgelehnt, sie erklärte sich, allerdings unter dem Vorbehalt des Schlichtungsausschusses, bereit, 50 % zu zahlen. Dieser Kammerlohn wurde von den Kollegen abgelehnt. Die Direktion wird nunmehr versuchen, im Inn- und Auslande

Streikbrecher zu werben und ihre Aufträge in andern Werken fertigstellen zu lassen. Wir erziehen unsere arbeitenden Kollegen, strengstens zu beobachten, ob sie Streikarbeit leisten sollen und dies im vorzunehmenden Falle abzulehnen. — In Duingen sind die Steingerarbeiter ausgeperrt, die Fabrikanten bestehen hartnäckig auf der zehnstündigen Arbeitszeit und sind bestrebt, die Löhne auf den Stand der Zieglerlöhne herabzubringen. Auch hier ist anzunehmen, daß die Unternehmer versuchen werden, die Aufträge an andere Werke zu vergeben. — In Nürnberg erhalten die Fliesenleger vom 1. Mai an einen Stundenlohn von 1,40 M. Vom 12. Juni an werden die Afforjäger um 20 % erhöht, der Stundenlohn beträgt von diesem Tage an 1,60 M.

Die Aussperrung der Ofenbrenner und Hilfsarbeiter, soweit die letzteren dem Bund angehören, ist nunmehr, mit wenig Ausnahmen, auf der ganzen Linie durchgeföhrt. Der norddeutsche Fabrikantenverband hat damit alle Werkstätten gebrochen, die wir mit den Fabrikanten in den verschiedenen Landesstellen abgeschlossen hatten. Es sind Schritte eingeleitet, diesen Vertragsbruch durch die in Betracht kommenden Behörden feststellen zu lassen. Die Diktatur der Fabrikanten ist so unerträglich geworden, daß damit ein Ende gemacht werden muß. Kollegen, haltet strenge Disziplin. Die Fabrikanten versuchen, durch Ausstreuerung unwohner Bewohnungen die Einigkeit unter den Kollegen zu zerstören. Schon greifen sie zu Terrorakten gegen einzelne Kollegen und versuchen, sie aus den Werkwohnungen hinauszuwerfen. Trotz alledem wird es ihnen nicht gelingen, die Köpfer zur Aufgabe der Arbeit zu zwingen, ehe nicht ein annehmbarer Erfolg errungen ist.

Gleiwitz. In den Maschinenfabriken Preiß, Maliber, Preiß, Weuß, Soehner, Gindenburg, und Kretzel, Gnadensfeld, waren trotz unterschätzlicher Beschäftigung der Fabrikanten zur Zahlung einseitiger Löhne, die Afforjäger durch die Nachlässigkeit der Kollegen verschiedene. Erst in den letzten Monaten haben sich die Kollegen wieder mehr aufgerafft, so daß die Organisation neuer Lohnforderungen stellen konnte. Verhandlungen darüber scheiterten jedoch. Ein Schiedspruch für Gleiwitz sah 50 % Aufschlag auf den schlechtesten Tarif vor, so daß danach die zweimal bezogene Regel mit 9,38 Z zu begehrt ist. Ferner wurde der Urlaub von 50 Tagen Beschäftigung auf einen Tag festgesetzt. Diefen Schiedspruch lehnen die Herren Preiß ab. Die Kollegen werden nach Beendigung der jeglichen Aussperrung zum Angriff gegen diese Firmen übergehen. Bezug nach Beendigung der Aussperrung ist daher fernzuhalten.

Zwei tüchtige Schiedsrichter für Brauergewerbe (eventuell auch Glanzschloß) für sofortige Verfügnahme. Gegenüber nach einem Monat verweigert. Brauergewerbe, Bauern, Diefen stellt ein Südpolischer Handelsschiffahrt, Detmold.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Schweiz. Die Gruppe der Gipser in Zürich teilt uns mit, dass auf Grund eines Beschlusses der Gipserversammlung in Zürich am 9. Mai 1925 die Feriengelder in der Zeit vom 15. Juni bis 31. Oktober 1925 ausbezahlt werden. Kollegen, die Anspruch auf Feriengelder haben, werden ersucht, sich unter Angabe ihrer Personalien und ihrer damaligen Meister an die Gruppe der Gipser in Zürich, Restaurant Sonne, Hohlstrasse, zu wenden. Nach dem 31. Oktober werden keine Feriengelder mehr ausbezahlt.

Der Norwegische Maurerverband konnte am 1. Mai auf seine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit zurückblicken. In einem kleinen Kreise von Delegierten und Gründungsmitgliedern wurde das Jubiläum in würdiger Weise im Volkshaus zu Oslo gefeiert. Für die Bauarbeiter-Internationale nahm deren Vorsitzender, Kollege Paepfou, an der Festversammlung teil. Der Norwegische Maurerverband ist Mitgründer der Bauarbeiter-Internationale.

Vom Bau.

Breslau. Aus eigenartigen Ursachen ereignete sich am 26. Mai ein folgenschwerer Gestirnssturz. In der Ecke der Kaiser-Wilhelm- und der Viktorialstraße war ein 4 Stockwer hohes Gerüst aufgestellt. Ein vom Gerüst herabhängendes Seil verding sich im Eintritt eines vorübergehenden Autobusses. Der Wagenführer fuhr weiter, ohne etwas gemerkt zu haben. Dadurch führte im gleichen Augenblick das ganze Gerüst in sich zusammen und rief die darauf arbeitenden Handwerker, in die Tiefe. Drei Arbeiter waren sofort tot. Zwei wurden in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Sammerkeim. Bauunfall. Am 22. Mai führte der Kollege August Fid beim Abbruch einer alten Scheune in Bergelau ab, so daß er von seinen Kollegen sofort ins Krankenhaus nach Schlochau geschickt werden mußte, wo er an Rippenbrüchen schwer darniederliegt. Wen die Schuld an diesem Unglück trifft, muß die nähere Untersuchung ergeben; jedenfalls sind die nötigen Vorkehrungen außer acht gelassen worden, da es in dieser Beziehung überhaupt keine Bautenkontrollen gibt.

Landberg a. d. W. Von der Firma Wolße wird für die Schönbünde in Wippenhe ein neuer Schichtstand gebaut. Die Stammbücher wird aus Beton hergestellt, wogu von Zimmerern ein Gerüst hergerichtet war. Am 11. Mai wollte unser Kollege Schönicke an dem Holzgerüst einen Anker befestigen. Er stellte sich dabei auf einem Wirtelstaten, der auf einer Seitenwand der Grube stand. Dabei kippte der Statan um und stollege Schönicke wurde in die Grube. Er erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er an inneren Verletzungen bei dem Transport nach dem Krankenhause starb. Kollegen! handelt nicht fahrlässig! Achtet auf eure Gesundheit und schützt Euer Leben!

Mallersdorf i. Niederbayern. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am 19. Mai bei den Reparaturarbeiten im tiefsten Hofe. Aus unbekannten Ursachen löste sich ein Tagelohnd los und stürzte auf den Gerüst, das unter der Wucht dieses Aufpralls zusammenbrach. Den meisten Be-

schäftigten war es glücklicherweise möglich, sich an den Fensterrändern festzuhalten. 4 Kollegen wurden jedoch mit in die Tiefe gerissen. Unser Kollege Kieslinger aus Pfaffenberg erlitt eine schwere Kopfverletzung und einen Schädelbruch, an dessen Folgen er in der Nacht nach dem Unfall gestorben ist. Ein Kollege liegt noch mit schweren und 2 mit leichteren Verletzungen danieder.

Reine. Am 15. Mai 1925 verunglückte unser Kollege Groß am Rhein-Weber-Eise-Banal. Er war beschäftigt beim Rangieren und kam beim Anfahren des Zuges zwischen zwei Wagen, wobei er eine starke Quetschung des linken Unterschenkels erlitt.

Allgemeine Rundschau.

Die 13. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter tagte vom 10. bis 13. Mai in Karlsruhe. Dem Verbandsorgan, der „Baugewerkschaft“, entnehmen wir, daß Entscheidungen angenommen wurden zur Bau- und Wohnungswirtschaft, zur Ausgestaltung des Bauarbeiterkampfes, zur Erwerbslosenfrage, zur Tarifbewegung und zur Ablehnung des Lohnfähigkeitsbegriffes im rheinisch-weißfälischen Baugewerbe. Die Entscheidung zur Bau- und Wohnungswirtschaft bezieht sich in ihren Forderungen im allgemeinen mit denen, die vom fünften deutschen Bauhütentag in Münden erhoben wurden. Verlangt wird die Vereinfachung des gesamten Ertrages der Mietzinssteuer, die mindestens 20 % der Friedensmiete betragen soll, in Form von mäßig bezinslichen Tilgungshypotheken zur Förderung des Wohnungsbaus, die Aufrechterhaltung der Wiererschutzabgabe und die Bekämpfung der Bodenpekulation durch Umgestaltung des Bodens- und Hypothekensystems nach bodenreformmäßigen Grundätzen. Proletariat wird gegen die Vereinerlichung der Bauarbeitergewerkschaft eine verfassungsrechtliche Regelung verlangt unter Hinweis auf die gemeinsame Eingabe der Bauarbeiterverbände im April 1924. Ferner wird verlangt die weitere Umstellung von Bautenkontrollen aus den Kreisen der Bauarbeiter und deren Ausstattung mit polizeilichen Befugnissen, sowie die Einrichtung von Kfistlichschächern in den Fortbildungsschulen über die Unfallversicherung. Zur Erwerbslosenfürsorge wird die Umbauung des jetzigen Systems in eine Versicherung gefordert. Zur Tarifbewegung behauptet die Generalversammlung, daß die bisherigen Verhandlungen im Baugewerbe zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Weg zur Einigung bleibe jedoch versperzt, solange die Unternehmer an den bekannten unsozialen Forderungen festhalten. Zum Kampf in Rheinland-Westfalen spricht die Generalversammlung den Bauarbeitern dieser Gebiete ihr volles Verständnis und ihre Sympathie aus. Die christlichen Bauarbeiter in ganz Deutschland werden aufgefordert, durch verstärkter Opferinn ihre Berufskollegen bei ihrem Vorgehen zur Erreichung tragbarer Lohn- und Arbeitsverhältnisse tatkräftig zu unterstützen. — Die Generalversammlung war verbunden mit einer Feier des fünfundsiebenzigjährigen Bestehens der Organisation. Die Aufgabe, daß unter den zu der Jubelfeier erschienenen Ehrengästen auch Direktor Gohlfleter als Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei genannt wird, tut hoffentlich den ehrlichen Willen der christlichen Bauarbeiter, sich für die in den Entschärfen niedergelegten Forderungen einzusetzen, keinen Abbruch. Für kostbare Bemühler liegt allerdings die Versicherung zur Zitierung eines bestimmten Sprechnotes sehr nahe.

Die Zentralratenteile und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ in Hamburg hielt vom 21. bis 23. Mai in Rudolfsadt ihre 20. ordentliche Generalversammlung ab. Zur Begrüßung der auswärtigen Abgeordneten, der Vertreter des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Gäste hatten die Rudolfsadtler Mitglieder am Abend des 21. Mai mit Unterhaltung eines Arbeitergesangvereins einen Unterhaltungsabend veranstaltet und dadurch allen Anwesenden einige frohe Stunden bereitet, die ihnen in guter Erinnerung bleiben werden. Zur Leitung der Verhandlungen wählte die Generalversammlung den Vorsitzenden der Klasse, W. Zhemar, und Rudolf Graß, Berlin.

In dem gebrauchlich vorliegenden Geschäftsbuch wurden die Vordänge während der Infanzionszeit, der Verlust des Vermögens der Klasse sowie der Verlust der Mitglieder geföhrt; die Mitgliederzahl ist aber wieder im Aufstiege begriffen und vom 1. April an konnte sich schon wieder eine Schöpfung des Kranzengeldes einstellen. Aus dem Klassenbericht geht hervor, daß das infolge der Inflation auf ein Minimum zusammengeschrumpfte Vermögen der Klasse wieder auf 113 000 M angewachsen sei und eine weitere mögliche Erhöhung des Kranzengeldes in Aussicht gestellt werden könne. Dem Vorstande sowie dem Aufsichtsrat wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Generalversammlung beschloß die Vereinigung der Zentral-Ratenteile und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands mit der Zentral-Ratenteile und Sterbekasse der Zimmerer in Hamburg zu einer Klasse unter dem Namen „Vereinigte Zentral-Ratenteile und Sterbekasse für das Deutsche Baugewerbe, Sterbekasse für Zimmerer und im Bauauf beschäftigte Holzarbeiter, und Aufstufungskasse für sämtliche Gewerbe“. Nach Genehmigung der Vereinigung durch das Reichsausschichtamt wird die organisatorische Vereinigung am 1. Oktober dieses Jahres stattfinden. Der Sitz des Aufsichtsrats bleibt bis zur Vereinigung bei der Klasse in Wäddel. Die alten Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Der bisherige Vorsitzende der Klasse tritt nach sechsundsiebzigjähriger Tätigkeit im 76. Lebensjahre am 1. Juli dieses Jahres in den Ruhestand. In den Vorstand wurden gewählt: Adolf Weeg, 1. Vorsitzender, Carl Stolpe, dessen Stellvertreter, Bernhard Schulze, 2. Hauptgeschäftsführer, Carl Zimm, 2. Hauptgeschäftsführer, Willi Müggens, Schriftführer, W. Zhemar und Andreas Schmidt, Beisitzer. Das Kranzengeldd wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1925 um auf das 175fache erhöht. Infolge der Vereinigung der beiden oben erwähnten Klassen wurden alle Anträge auf Satzungsänderungen verlegt.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt am 8. und 9. Mai in Köln ihre 9. Generalversammlung ab. Neben zahlreichen Vertretern der Gewerkschaften und Zeitungsklassen, waren unter anderem auch Vertreter des Reichs-

arbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamtes, der Reichsarbeitsverwaltung, des preussischen Handelsministeriums, des Reichsleistungsausschusses, der Kaiserlichen Ministerialkommission für soziale Reformen und die gelehrten. Den Bundesvorstand des RWV, vertreten H. Müller und U. Bretz. In seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende, b. Hoffiz, daß die Löhne, gemessen an der Kaufkraft, noch vielfach unzureichend seien. Die sozialpolitische Lage sei schwierig. Die Klage, daß die sozialen Lasten nicht getragen werden könnten, sei so alt wie die Sozialreform selbst. Der technische Fortschritt zwingt den Weg, auch ohne Opfer dem sozialen Fortschritt zu folgen. Aber auch wo Opfer unvermeidlich, könne auf die Sozialpolitik nicht verzichtet werden, denn der Staat brauche gesunde Menschen. Er müsse über der Wirtschaft stehen. Die Wirtschaft sei nicht Selbstzweck, die Arbeit nicht Zweck, sondern die Höhe der Mensch, das Volk in seiner körperlichen und geistigen Eigenart, Staat und Selbstzweck seien bereiter, in der Sozialpolitik zusammenzutreten; ihr Wegbereiter sei die Gemeinnützigkeit. — Im ersten Punkt der Tagesordnung, „Reform der Sozialversicherung“ zeigte sich der Referent, der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, in harten Widerspruch zu dem großen Mehrzweck der Teilnehmer. Dr. Kaufmann war eingetreten für die Befestigung der Invalidenrenten, die denen gezahlt werden, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, für die Einschränkung der Rentenrenten, da die Kinder in diesem Alter schon für sich selbst sorgen können, für die Herabsetzung des Kranzengeldes und für die Befestigung der kleinen Unfallrenten. In der Ansprache rüdten fast alle Redner von Dr. Kaufmann ab, auch das Reichsarbeitsministerium nahm durch den Ministerialdirektor Dr. Gieseler gegen Kaufmann Stellung. So kamen die alten Forderungen der Arbeitnehmer: Vereinblichung und Ausbesserung der Versicherungen, Selbstversicherung und Ausbau der Leistungen, so zur Geltung, daß Dr. Kaufmann es vorzog, am zweiten Verhandlungstag überhaupt nicht wieder zu erscheinen. — Zum zweiten Tagesordnungspunkt, „Die Klassenverflechtung nach dem Kriege“, referierte Prof. Dr. Franz Eulenburg. In Bezug auf die Arbeiterklasse führte er aus, daß deren Position durch Krieg und Inflation außerordentlich geschwächt worden sei. Ihre Organisationen hätten durch die Stabilisierung stark gelitten, ihre Widerstandsfähigkeit durch die vertikalen Kapitalkonzentrationen sei stark beeinträchtigt, ihre Zukunft erzeuge äußerlich gefährdet. Die Inflation habe ein neues Führertum emporgedrückt, daß sich durch Mächtigkeitstufte auszeichne. Die sozialen Abhängigkeiten seien vermehrt. Der Redner feierte die große Aufgabe der Sozialreform, die berufen sei, zu helfen und erziehen und zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Die Ansprache über diesen Vortrag ging weit auseinander. H. M. Brrett (RWV) teilte nicht den Optimismus des Vortragenden hinsichtlich der Gewerkschaften, die sich seit Jahresfrist schon hart geföhrt und widerstandsfähig erwiesen hätten. Auch Kapitalkongerne hätten noch genug der schwachen Stellen, wo der Angriff der Gewerkschaften mit Erfolg einsehen könne. Eine Steuerpolitik, die zur Hebung der Sparfaktoren führe, sei zu billigen, aber wirksam werde sie nur sein, wenn ihre Erparnisse anstatt den kapitalistischen Konzernnen, den Genossenschaften zugeführt würden. Mit ethischen Mitteln sei der brutalen Wirklichkeit gegenüber nichts anzufangen. Die Werkstatteinführung führe nur zur Verneuerung der Heimarbeit. Der Kampf zwischen Spinnrad und Kette (Fordsystem) sei längst entschieden. Die Arbeiterklasse werde den Weg aus der Inflationstufte zur gesellschaftlichen Organisation der Arbeit zu finden wissen. Man möge ihren Kampf nicht aufhalten, sondern richtig verstehen und fördern. In seinem Schlusswort gab der Referent, Professor Eulenburg, seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Gewerkschaften nicht bezweckeln, sondern hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Die Ansperrungskommission der Lutherregierung. Es war ein Vergnügen zu sehen, wie die Demagogen der Lutherregierung sich im Reichstag aus der Pafste zu winden versuchen. Diefen Heiden, die in den Wahlkampfen landauf, landab gegogen sind, um den verarmten Sparern und Kriegsangehörigen das Mäue vom Himmel zu verschreiben, wissen nun nicht, wie sie ihr Verschreiben einlösen sollen. Eine Weiterzung der Inflationsergebnisse wurde von vornherein abgelehnt. Dafür machte man so etwas wie Ansperrung. Wenn das deutsche Volk nicht so vergehlich wäre, dann dürfte man mit Sicherheit bei den nächsten Wahlen das Ende der deutschen nationalen Parteiherrschaft voraussehen. Aber weil dies nun eben der Fall ist, kann leider noch keine Seite eine Garantie übernehmen werden. Die deutsche nationale Fraktion verlor einen Mann, den Abgeordneten West, der frei bei den Wahlen Zuteilberdienste geleistet hat, damit scheint die Sache erledigt zu sein. Die Enttäuschten sind natürlich diejenigen, die den Fehler begangen, vor der Wahl etwas zu glauben, das aus dem Munde deutscher nationaler Demagogen kam. Die Hypotheken sollen auf 25 % aufgemerkelt werden. Vorher, nach der Steuernormänderung, sollte die Ansperrung 15 % betragen. Auch bei den 25 % machen die Haus- und Grundbesitzer noch ein glänzendes Geschäft. Namentlich die ländlichen Grundbesitzer, die sich während der Inflation so vorzüglich zu entlasten verstanden, werden mit so einer Ansperrung zufrieden sein können. Profitieren sie doch immerhin noch 75 % ihrer ehemaligen Schuldenslast. Schwerer scheint es den Demagogen von rechts gefallen sein, die Industrieforderungen höher als zu 15 % aufzumerken. Denn die Herren der Industrie hatten sich einmütig gegen jede weitere Ansperrung erklärt, was sie aber nie gebindert hat, den Parteien, die so große Ansperrungsvorschläge machten, Millionenbeträge zu Wahlzwecken zur Verfügung zu stellen. Um diese Geldgeber zu schonen, hat man einen andern Weg bei der Ansperrung gefunden. Die Ansperrung über 15 % hinaus wird hier in Form von Genußscheinern vorgenommen. Die Aktionäre müssen mindestens eine Dividende von 8 % erhalten haben, ehe eine Ausschüttung auf die Genußscheine einsetzt. Für den kleinen Obligationen ist es natürlich überhaupt ausgeschlossen, etwas zu bekommen. Für die Einführung der Reichsanleihen soll eine Ablösungs-Voranleihe geschaffen werden. Wenn man sich den ganzen

